

ende Überbelastung zu be-
ren, suchen wir also Ärzte,
bereit sind, ihre alltäglichen,
önlichen (Über-)Belastun-
zu schildern. Wir können
i ausschließen, dass irgend-
and an den Pranger gestellt
. Die Anonymität der be-
enden Person bleibt erhal-
Das garantieren wir. Es
den also keinerlei Daten
ergegeben, wenn dies nicht
rücklich gewünscht und ge-
nigt ist. „Bereitwillige“
den sich bitte bei:

Marburger Bund
Poststelle
Postfach 100
Poststraße 6
50676 Köln
(02 21) 97 31 68 (0)-19
(02 21) 9 73 16 78
E-Mail:
marburgerbund@marburger-bund.de

tendruck wegen Unterdeckung
der Betriebskosten und der Bud-

Stopp für Chancen zur Niederlassung?

Köln (bah). 2001 sind wieder
Niederlassungen möglich, weil
die neuen Bedarfsplanungs-
richtlinien in Kraft treten: Für
8.000 Ärzte – davon 7.650 All-
gemeinmediziner und hausärzt-
liche Internisten – soll sich der
Weg in die wirtschaftliche Selb-
ständigkeit öffnen. Dann wird
das Geld knapp, denn die star-
ren Budgets bleiben, warnt die
Kassenärztliche Bundesvereini-
gung seit Wochen.

Noch sind die Richtlinien
vom Bundesgesundheitsminis-
terium nicht genehmigt. Der
rheinland-pfälzische Sozialmi-
nister Florian Gerster hat vor
den Folgen gewarnt und in die-
sem Punkt Zustimmung von
Andrea Fischer erhalten. Lesen
Sie dazu den Bericht und das
Interview mit mb-Hauptge-
schäftsführer Dr. Dieter Boeck
auf Seite 3.

Für die notorischen Arbeits-
zeitgesetz-Missachter wird es in

Studium der Ärzte am teuersten

Köln (dpa). Fast 100.000
Mark lässt sich der deutsche
Staat im Durchschnitt die Aus-
bildung eines Universitätsstu-
denten kosten. Die Spanne
reicht von mehr als 400.000
Mark für ein Medizinstudium
als der teuersten Ausbildung bis
zu den staatlichen Ausgaben für
Juristen, Ökonomen und Sozio-
logen, die mit durchschnittlich
46.200 Mark am billigsten kom-
men.

Wie das Institut der deutschen
Wirtschaft Köln (IW) letzte Wo-
che berichtete, liegen erhebliche
Unterschiede zwischen den Kos-
ten für ein Universitäts- und ein
Fachhochschulstudium. So ge-
be der Staat für die Ausbildung
eines Ingenieurs an der Univer-
sität 117.000 DM aus – an den
Fachhochschulen ist das Inge-
nieurstudium für 49.000 DM zu
haben.

male“ Arbeitszeit noch draufge-
packt.

Alte Verkehrsregeln für den Organtransfer gesichert

Vertrag zwischen KHG, BÄK und Kassen bestätigt

Berlin/Düsseldorf (Iure).
Die Organisation der Organ-
transplantation ist vertraglich
entsprechend dem Transplanta-
tionsgesetz geregelt worden.
Der Vertrag wurde von der
Bundesärztekammer (BÄK),
den Krankenkassen und der
Deutschen Krankenhausgesell-
schaft (KHG) unterschrieben,
das Bundesministerium für Ge-
sundheit (BMG) hat dem Ver-
trag zugestimmt. Neue Struktu-
ren wurden damit nicht geschaf-
fen, aber bestehende abgesi-
chert: Die Deutsche Stiftung
Organtransplantation (DSO),
Neu-Isenburg, ist Koordinie-
rungsstelle, die Stiftung Euro-
transplant International Founda-
tion (ET) mit Sitz in Leiden ist
Vermittlungsstelle.

Die Regelungen sind für die
Krankenhäuser und Transplan-
tationszentren bindend, was
mehr Sicherheit für Organspen-
der und -empfänger bringt.

Der Vertrag mit der DSO
dient nach Ansicht des BMG
zum Beispiel der Wahrung des
Patientenwillens bei Organ-
spendern und der Transparenz
in die Entscheidung über die
Aufnahme in Wartelisten.

Die ET wurde mit der konkre-
ten Vermittlung von Organen
betraut. Die entsprechenden
BÄK-Richtlinien sind dabei
bindend. Werden Organe von
Deutschland ins Ausland ver-
mittelt, dann ist der Weg über
die nationale DSO vorgeschrie-
ben, die entsprechende Organe
der ET meldet. Diese vermittelt

international weiter.

Werden Organe aus dem Aus-
land ins Inland vermittelt, dann
muss die Organentnahme deut-
schem Recht entsprechen. Die
ET muss gewährleisten, dass al-
le zum Schutze des Empfängers
notwendigen Maßnahmen ge-
troffen wurden.

Die Unterzeichner erhoffen
sich vom Vertrag mehr Organ-
spenden, da die Transparenz
verbessert wurde, und das
Bundesgesundheitsministerium
appelliert an die Krankenhäu-
ser, ihrer gesetzlichen Pflicht
nachzukommen und in Zu-
sammenarbeit mit der DSO
mögliche Organspender zu mel-
den sowie die notwendigen or-
ganisatorischen Maßnahmen zu
treffen.

**Geht sie ...
... oder geht sie
nicht? Zu den Speku-
lationen über Andrea
Fischer lesen Sie das
„Zur Sache“ von
Frank Ulrich Montgo-
mery.**

**Druck ...
... statt Diskussion
ist die Realität im OP.
Lesen Sie die Ergeb-
nisse einer verglei-
chenden Studie zu
Ärzten und Cockpit-
Crews auf**

**Soweto ...
... ist der Inbegriff
eines sozialen Brand-
herdes. Peter Uebl-
acker hat dort einen
Teil seines PJ's absol-
viert und mehr als
Medizin gelernt.**

**Die Realität ...
... ist für viele junge
ärztliche Berufsan-
fänger ein Schock.
Wenig Geld, viele
Überstunden und Ge-
ringschätzung be-
stimmen den Alltag.**

**Integration ...
... bedeutet Versor-
gungs-Verbesserung
durch die Verzahnung
von Ambulant und
Stationär. Trotz 400
Modellversuchen gibt
es keinen Konsens.**